

Kritik von DGB und Trittin: Widerstand gegen Verkauf der ehemaligen JVA in Göttingen wächst



Die Stimmen gegen einen Verkauf der ehemaligen JVA am Waageplatz in Göttingen mehren sich: Nach mehreren Ratsfraktionen und -gruppen hat sich nun auch der Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) dagegen ausgesprochen. Kritik an Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (SPD) kommt vom Göttinger Bundestagsabgeordneten Jürgen Trittin (Grüne).



Michael Brakemeier

Göttingen. Der Göttinger Kreisverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hat sich in der Diskussion um die Zukunft der ehemaligen Justizvollzugsanstalt am Waageplatz gegen einen Verkauf des Gebäudes ausgesprochen. Das denkmalgeschützte Gebäude und das Grundstück sollten im Besitz der Stadt bleiben. Das habe „oberste Priorität“, sagte DGB-Kreisvorsitzende Agnieszka Zimowska. Solange dieses öffentliche Kapital der Stadt gehöre, sei es „unersetzlich und demokratisch“.

In der vergangenen Woche hatte sich Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (SPD) für den Verkauf des Gebäudes an die Trafo Hub GmbH aus Braunschweig und deren Nutzungskonzept für die JVA ausgesprochen. „Leben, wohnen und arbeiten“ wollen die Braunschweiger dort unter einem Dach vereinen. So soll es Wohnfläche, Co-Working-Büros, Platz für Start-ups, eine „gemeinsame Arbeits- und Projektfläche“ und Gastronomie geben. Die Trafo GmbH sieht die Investitionen für das Gesamtprojekt voraussichtlich im „zweistelligen Millionenbereich“.

Der DGB appelliert an die „soziale Verantwortung“ und plädiert für ein „wegweisendes Vorgehen“ der Verwaltung. Die Stadtgesellschaft, die sich politisch kreativ zeige, müsse bei der Nutzung der JVA „konzeptionell“ berücksichtigt werden. Darauf könne Göttingen stolz sein und starke Signale für eine soziale Stadtentwicklung setzen, heißt es in einer DGB-Mitteilung vom Dienstag.

Der DGB befürwortet daher die Idee eines „vielseitigen, gemeinnützigen Konzepts zur Miete“. Mieter sollten von der Stadt als Vermieterin nach gemeinnützigen Kriterien ausgewählt werden, so der DGB-Vorschlag.

Ehemalige JVA Göttingen: Gesundheitszentrum als Ankermieter

Die Initiative „Soziales Zentrum“ hatte ein Konzept unter anderem für ein solidarisches Gesundheitszentrum als Mieterin in der ehemaligen JVA vorgelegt. Die Stadt wäre weiterhin Besitzerin der Immobilie, Sanierungskosten müssten von ihr aufgebracht werden. Das aber hält die Verwaltung weder für finanzierbar noch personell umsetzbar.

Aus Sicht des DGB bietet das Mischkonzept zur Miete sowohl die finanzielle Absicherung städtischer Einnahmen durch den Ankermieter Gesundheitszentrums. Gleichzeitig könnte ein innenstadtnahes Zentrum entstehen, „von dem alle Bürgerinnen und Bürger profitierten“, sagt DGB-Co-Vorsitzende Bettina Unger. Die Stadt müsse „den Mut und die Vision aufnehmen, selbst zu sanieren“, meinen Zimowska und Unger.

Ehemalige JVA Göttingen: Ratsfraktionen gegen Verkauf

Innerhalb der Ratspolitik haben sich Grüne, Linke, BfNS und die Partei-und-Volt-Ratsgruppe gegen einen Verkauf der JVA ausgesprochen. Am Donnerstag, 7. Juli, soll im Bauausschuss des Rates über die Zukunft des Gebäudes diskutiert werden. Das Gremium tagt ab 16 Uhr im Ratssaal des Neuen Rathauses, Hiroshimaplatz 1-4. Die Initiative „Soziales Zentrum“ hat bereits für 15 Uhr eine Kundgebung vor dem Neuen Rathaus angekündigt. Die endgültige Entscheidung soll dann der Verwaltungsausschuss am Montag, 11. Juli, treffen.

Am Sonntag hatte sich der Göttinger Bundestagsabgeordnete Jürgen Trittin (Grüne) auf Twitter zu dem geplanten JVA-Verkauf zu Wort gemeldet: „Obwohl der Stadt für die Sanierung des ehemaligen Knastes in #Goettingen 5,6 Mio. zur Verfügung stehen, möchte OB #Broistedt das Haus für 56.000 € an einen Investor verschern anstelle eines Sozialen Zentrums. Sozialdemokratische Immobilienpolitik ...“, schreibt Trittin dort.

Das Gesundheitskollektiv als Teil der Initiative hat inzwischen die [Online-Petition](#) "Soziales Zentrum statt Gentrifizierung durch Privatinvestor" gestartet. Knapp 1700 Unterstützer haben sie bereits unterzeichnet.